

Sicherheit und Arbeitsschutz auf Zeche Ewald

Der Ausschuß für Grubensicherheit informierte sich in seiner Sitzung am 25. Juni 1982 unter Leitung des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Ernst Kraft (CDU) über die Arbeit des Sicherheitsdienstes und des Arbeitsschutzes auf dem Steinkohlenbergwerk Ewald in Herten. Das zur Bergbau AG Lippe gehörende Bergwerk beschäftigt etwa 4500 Mitarbeiter und fördert gegenwärtig 3,5 Millionen Tonnen Kohle jährlich. „Landtag intern“ wird auf den Besuch in Herten noch näher eingehen.

Wissenschaftsausschuß . . .

Fortsetzung von Seite 14
zungen für das angestrebte Hochschulstudium erbringt.

Die Rechtsverordnung wird im einzelnen festlegen, welche Leistungen die aufzunehmenden Hochschulen von den Studienbewerbern fordern werden.

Die unterschiedliche Bewertung der beabsichtigten Maßnahmen des Wissenschaftsministers, über die Konzentration und Neuordnung von Studiengängen und Studienangeboten zu einer Konsolidierung des Wissenschaftshaushaltes zu kommen, setzte sich auch in der Ausschußsitzung fort. Während die CDU-Fraktion die bisherigen Aussagen des Ministers als unbrauchbar bezeichnete und konkrete Aussagen forderte, betonte die SPD-Fraktion besonders die Notwendigkeit, nicht nur die Kliniken Aachen und Münster, sondern alle medizinischen Hochschulkapazitäten in das Strukturkonzept einzubeziehen. Ebenso sollte überlegt werden, die juristischen Ausbildungskapazitäten bei Überlegungen zu berücksichtigen.

Hilfsinstrument

Der Minister zeigte auf, daß die Verbindlichkeit von Vorschlägen der Hochschulen oder einzelner Rektoren noch fraglich sei und sich eine beachtliche Differenz zwischen den konkreten Gesprächen und den veröffentlichten Meinungen zeige. Außerdem erklärte Schwiher, daß er den Willen habe, über den Antrag des Universitätsvereins Herdecke nach exakter Prüfung der Einzelerfordernisse zu entscheiden. Bei Vorliegen der gesetzlichen Erfordernisse sei es dann ein Auftrag des Gesetzes, die Anerkennung auszusprechen, betonte der Minister.

Das Innovationsförderungs- und Technologietransferzentrum (ITZ) mit Sitz in Bochum soll nach dem Willen des Ausschusses als Hilfsinstrument zur Forschung bei der Lösung von Revierproblemen stabilisiert werden. Bei Erfüllung der konkreten Auflagen wird es vor allem erforderlich sein, die Zusammenarbeit mit den auch an den Ruhrgebietshochschulen bestehenden Technologiekontaktstellen sicherzustellen und damit einen breiten Aufgabenrahmen zu garantieren.

Porträt der Woche

Nicht jeder Manager in der Industrie hat das Glück, vom Fenster seines Arbeitszimmers aus auch seinen Verantwortungsbe- reich zu übersehen. Wenn Hans-Karl von Unger, Diplomingenieur und Geschäftsführer der Krupp-Stahltechnik-Duisburg, im linksrheinischen Rheinhausen aus dem Fenster der Chefetage blickt, eröffnet sich ihm eine gigantische Industriekulisse, hinter der 60 Prozent des deutschen Stahls geschmolzen werden. Da liegen sie nebeneinander, die Werke von Thyssen, Krupp und Mannesmann, und der Himmel über Rheinhausen ist noch längst nicht so blau, wie ihn auch viele Abgeordnete des Landtags in Düsseldorf sich gerne wünschen würden.

Der „Preuße am Rhein“, Jahrgang 1930, und in Wunstorf bei Hannover geboren, trat nach sechsjährigem Maschinenbaustudium an der TH-Hannover und einer halbjährigen Studienreise um die Welt, finanziert mit einem Stipendium des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, mit 27 Jahren als Betriebsingenieur der Maschinenbetriebe in die damaligen Hütten- und Bergwerke Rheinhausen ein. Über Abteilungs- und Betriebsleiter arbeitete er sich zielstrebig zum Betriebschef empor und empfahl sich damit im Jahre 1967 bei der Fusion der Krupp-Hütte mit dem „Bochumer Verein“ als Leiter einer Projektgruppe „Reorganisations- und Rationalisierungsvorschläge für den Gesamtbereich ‚Krupp-Hüttenwerke‘“. Zeitweilig auch für große Auslandsprojekte der Investitionsgüterindustrie beratend tätig, wurde er wenige Jahre später Betriebsdirektor und schließlich auch mit Procura ausgestattet.

Den Schwager des „Regierenden“ in Berlin, Richard von Weizsäcker, zog es weder in den Bundestag noch ins Europa-Parlament. Darin witterte er die Gefahr, sich zu sehr von seinem Beruf zu entfernen. Die Aufgaben eines Landtagsabgeordneten dagegen lassen sich – inzwischen seine Erfahrung – nachgerade noch neben seiner beruflichen Tätigkeit verkraften. Die ganze Spannweite seiner öffentlichen Tätigkeit – sein Vater war einmal ebenfalls Ingenieur und damals im Widerstand engagiert – zeigt von Ungers parlamentarische Betätigung in den Ausschüssen für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, gleichgültig ob als ordentliches Mitglied oder als Stellvertreter. Mit seiner umfangreichen Berufserfahrung, ange- reichert durch eine zwanzigjährige Tätigkeit, sowohl in den verschiedensten kommunalen und regionalen Parteifunktionen der niederrheinischen CDU als auch als Ratsherr der ehemals freien und später zu Duisburg gehörenden Stadt Rheinhausen, fühlte er sich im Düsseldorfer Landtag fast vom ersten Tag an fest im Sattel.



Hans-Karl von Unger (CDU)

Als von Unger während einer beruflichen Reise in die Schweiz Professor Kurt Biedenkopf zufällig begegnete, versuchte der heutige Oppositionsführer, den Mann aus der Wirtschaft davon zu überzeugen, daß es darum gehe, auch politische und parlamentarische Mandate zu übernehmen. Von Unger hatte sich längst entschieden, war aber 1970 und 1975 als Folge nicht ausreichender Plazierung auf der Landesreserveliste nicht zum Zuge gekommen. Jetzt ist er seit zwei Jahren dabei. Kritisch begleitet er die Wirtschaftspolitik von Professor Reimut Jochimsen, dem er, im Gegensatz zu manchen Vorgängern, die Kompetenz nicht abspricht, wohl aber von seiner Partei dazu verurteilt, halt mehr zu reden als zu handeln. Als im Düsseldorfer Landtag auch die Stahlkrise zur Debatte stand, vertrat er in seiner Partei die Auffassung, daß die europäische Stahlindustrie keiner Subventionen, sondern des Schutzes davor bedürfe. Härter, als hierzulande erwünscht, ist seine Meinung zu den Osthandelskrediten. Billigkredite suggerierten – so der Wirtschaftsexperte – den Comecon-Ländern – und dabei wollte er die jüngst von Ministerpräsident Johannes Rau in Begleitung von Bankern und Industriemanagern besuchten Länder Tschechoslowakei und Ungarn nicht ausnehmen – die Illusion, daß ihre Staatswirtschaft funktioniere, genau das aber sei ein Danaergeschenk!

Auch der Erfolg im eigenen Lande, beispielsweise das Ruhrprogramm, sei weniger von Krediten als von einer Änderung der Rahmenbedingungen, beispielsweise beim Stahlstandorte-Programm, beim Abstandserlaß und der Energiepolitik abhängig. Eines übrigens hat von Unger nach seiner Wahl in den Landtag sofort klargestellt: An die Adresse der Duisburger Lokalredakteure gewandt, sagte er: „Ihr werdet mich immer als Lobbyisten für die Belange Duisburgs ansprechen können, aber ihr werdet mich nie ‚St. Florian‘ nennen dürfen.“ Karl Fischer-Reichenberg